

INHALT

1. Ausbau der A 20 – Eine Chance für Schleswig-Holstein
2. Fahrrinnenanpassung der Elbe vorantreiben
3. Steuervereinfachung hat Vorrang vor Steuersenkung
4. Aus Anschubförderung darf keine Dauerunterstützung werden
5. Kernkraftwerk Brokdorf geht wieder ans Netz
6. Abgeordneter Potzahr auf dem Weg der Genesung

25.08.2011

Ausbau der A 20 – Eine Chance für Schleswig-Holstein CDU und FDP wollen Ausbau vorantreiben



Hans-Jörn Arp, MdL

In der laufenden Plenartagung sprachen sich CDU und FDP noch einmal eindeutig für einen Weiterbau der A 20 inklusive der westlichen Elbquerung aus. CDU und FDP positionierten sich eindeutig. Bei der Opposition war die Lage nicht so klar.

CDU-Redner Hans-Jörn Arp nahm sich vor allem die SPD vor, deren Rednerin forderte, die Landesregierung solle sich für die A-20 ins Zeug legen. „Dass wir heute im Landtag überhaupt noch über den Ausbau der A 20 diskutieren müssen, ist ausschließlich Bündnis 90/Die Grünen zu verdanken. Ohne deren Verhinderungspolitik während ihrer neunjährigen Regierungszeit in Schleswig-Holstein wären die erforderlichen Arbeiten längst erledigt“, erklärte Arp, und weiter: „In einem Zeitraum, in dem in Mecklenburg-Vorpommern über dreihundert Kilometer Autobahn neu errichtet wurden, hatte Rot-Grün in Schleswig-Holstein gerade einmal auf sechs Kilometer gebaut.“

Als "Kronzeuge" benannte Arp ausgerechnet SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig. Dieser hatte bei einer Diskussion kürzlich erklärt, die Fehmarnbelt-Querung drohe zur Lachnummer zu werden, wenn man auf der dänischen Seite im 21. Jahrhundert losfährt und dann bei uns im 19. Jahrhundert ankomme. Arp: „Dafür ist vor allem die damalige rot-grüne Regierung verantwortlich!“

Problematisch war die Debatte gerade für die Grünen. Denn bei deren Online-Befragung (<http://www.mitmachhaushalt.de/index.php?p=analysis&page=14>) hatte sich nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten für einen Verzicht auf den A-20-Ausbau ausgesprochen. Dennoch forderten sie mit einem Antrag die „Neubewertung der Verkehrsprojekte“ nach Grünen Kriterien, die im Ergebnis niemals einen Weiterbau zulassen würden. Der Antrag der Linken forderte einen Verzicht auf A-20 und Elbquerung.

Koalitionsantrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1500/drucksache-17-1598.pdf>

Grüne Umfrage:

<http://www.mitmachhaushalt.de/index.php?p=analysis&page=14>

Grüner Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1600/drucksache-17-1647.pdf>

LINKER Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1740.pdf>

Fahrrinnenanpassung der Elbe vorantreiben **CDU und FDP kämpfen für Elbvertiefung und NOK-Ausbau!**



Jens-Christian Magnussen, MdL

Ein weiteres Thema der Landtagssitzung war die Elbvertiefung. Für die CDU-Fraktion sprach deren wirtschaftspolitischer Sprecher Jens-Christian Magnussen.

Der Hamburger Hafen sei ein sicherer Arbeitsplatzbringer auch für das Hamburger Umland. Die Elbvertiefung biete große Chancen bis hin nach Brunsbüttel. Der Hamburger Hafen sei insbesondere für die Verteilungslogistik für Gesamtdeutschland von strategischer Bedeutung. „Die Elbvertiefung ist ein Muss“, so der CDU-Abgeordnete.

Hand in Hand mit der Elbvertiefung gehe der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, der Bau einer fünften Schleusenkammer und die Sanierung der maroden Schleusen in Brunsbüttel. „Für die

CDU-Fraktion stehen beide Projekte nicht im Gegensatz, sondern sind in absoluter Notwendigkeit zu einander zu sehen. Die logische Folge einer zunehmenden Container-„Beschickung“ des Hamburger Hafens als maritime Logistikscheibe ist der Abtransport, die Verteilung der Waren, über Feederschiffe durch den NOK in den Ostseeraum“, betonte Magnussen.

Der CDU-Abgeordnete begrüßte die in dieser Woche vom Wirtschaftsausschuss einstimmig verabschiedete Resolution zum Schleusenausbau in Brunsbüttel.

Hart ins Gericht ging Magnussen mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Ihnen ginge es mit ihrem Antrag nicht um den Ausbau des NOK, sondern um die Verhinderung der Elbvertiefung. Der Antrag der Grünen hat eine Prioritätenänderung zum Ziel und verlangt, für den Elbausbau eingeplante Finanzmittel zugunsten des NOK-Ausbaus umzuschichten.

Resolution des Wirtschaftsausschusses:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2011-08/24/13-12-06-0bfb/PI-TITchg7-lt.pdf>

Antrag von CDU und FDP :

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1600/drucksache-17-1609.pdf>

Änderungsantrag der Grünen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1716.pdf>

Steuervereinfachung hat Vorrang vor Steuersenkung **Keine Steuersenkung zu Lasten des Landes und der Kommunen**



Tobias Koch, MdL

Bereits im Mai 2010 hat der Landtag mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen die Bundesregierung aufgefordert, bis zum Jahr 2020 keine Mindereinnahmen für Länder und Kommunen zu beschließen, da dieses der Einhaltung der Schuldenbremse entgegen steht.

In der Junisitzung vor den Sommerferien wollte die Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN per Dringlichkeit erreichen, dass sich der Landtag erneut mit diesem Thema beschäftigt. Die Regierungsparteien sahen die Dringlichkeit damals nicht gegeben. Daher diskutierte der Landtag darüber am heutigen Tag.

Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Tobias Koch, betonte, dass „eine bloße Wiederholung der ablehnenden Position“ das Land in der steuerpolitischen Debatte nicht weiter bringe.

„Der Steuerdebatte mangelt es allgemein vor allem an einem klaren Kompass“, so Koch. Anstelle eines in sich konsistenten und schlüssigen Reformvorschlages geistert vielmehr ein Sammelsurium von steuerpolitischen Einzelvorschlägen durch die politische Diskussion.

Steuervereinfachung müsse jetzt Vorrang vor Steuersenkungen haben. „Ein einfaches und transparentes Steuerrecht entlastet die Steuerzahler von bürokratischen Regelungen, ohne dass dadurch die öffentlichen Haushalte automatisch belastet werden“, betonte der Finanzpolitiker.

Wenn eine Steuerreform zudem für mehr Gerechtigkeit Sorge ohne dabei die Staatsverschuldung weiter zu erhöhen, dann müsse man auch bereit sein, verschiedene Einzelvorschläge miteinander zu kombinieren. "Der CDU geht es vielmehr darum eine strukturelle Reform des Steuerrechts vorzunehmen, die dann auch langfristig wirkt", so Koch abschließend.

Den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1723.pdf>

Den Antrag der Grünen finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1600/drucksache-17-1632.pdf>

Den Beschluss vom Mai 2010 finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/0500/drucksache-17-0517.pdf>

Aus Anschubförderung darf keine Dauerunterstützung werden Mädchenarbeit ist bei den Kommunen in guten Händen



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

In der heutigen Plenarsitzung hat die gesamte Opposition unter Federführung der Linken mit einem gemeinsamen Antrag erneut versucht, die notwendigen Haushaltsbeschlüsse des vergangenen Herbstes anzugreifen. Dazu haben sie sich diesmal die Jugendarbeit mit Mädchen und jungen Frauen herausgesucht.

Damals hatten die Regierungsfractionen beschlossen, die „Anschubfinanzierung“ von vier Mädchentreffs, die mittlerweile seit 20 Jahren gewährt wurde, zu beenden. 144.500 Euro pro Jahr konnten dadurch eingespart werden. „Wir haben auch hier unsere Meinung nicht geändert und sagen auch weiterhin, dass aus einer Anschub- und Projektförderung keine Dauerunterstützung werden soll“, so die familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Katja Rathje-Hoffmann. Darüber hinaus werde hervorragende

Jugendarbeit speziell für Mädchen und junge Frauen auch in der Hälfte der gut 250 Jugendtreffs im Land geleistet.

Wie schon in den Debatten im November 2010 und im Februar dieses Jahres betonte Rathje-Hoffmann, dass es sich bei der Jugendarbeit um eine kommunale Aufgabe der örtlichen Jugendhilfe handle. Daher stellten die Koalitionsfraktionen einen eigenen Antrag dagegen, der dieses nochmals verdeutlichte.

Antrag der Oppositionsfraktionen unter Federführung der Linken:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1714.pdf>

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1744.pdf>

Kernkraftwerk Brokdorf geht wieder ans Netz

Kernkraftwerk hat sich nach Trafoausfall bestimmungsgemäß verhalten

Keine andere Großanlage in Schleswig-Holstein wird mit solchen Argusaugen verfolgt, wie das verbliebene Kernkraftwerk Brokdorf. Als aufgrund eines Transformatorenausfalls am 07. August eine unplanmäßige Abschaltung erfolgte, wurde sofort die Öffentlichkeit informiert. Spezialisten waren sofort vor Ort, um die Anlage zu überprüfen.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen nahm die Abschaltung selbstverständlich zum Anlaß, um erneut über Kernkraftwerke zu diskutieren. Für die CDU-Fraktion stellte Jens-Christian Magnussen fest, dass das Kraftwerk Brokdorf bei dem meldepflichtigen Ereignis „Maschinentrafo Brand“ in allen sicherheitsrelevanten Punkten einwandfrei funktioniert habe und gezielt herunter gefahren wurde. „Das Zusammenspiel zwischen Technik und Mensch hat 100 Prozent funktioniert“, so Magnussen.

Für die CDU-Fraktion stehe die Sicherheit in der Bewertung von Ereignissen und des Betriebes an oberster Stelle. Magnussen forderte die Grünen nach dem Ausstiegsbeschluss aus der Kernenergie dazu auf, endlich mit ihrer Polarisierungskampagne aufzuhören.

Am Rande der Debatte wurde bekannt, dass das für die Reaktorsicherheit zuständige Justizministerium heute die Zustimmung zur Wiederaufnahme des Leistungsbetriebs des Kernkraftwerks Brokdorf erteilt habe. Zur Klärung der Ursachen für die Abschaltung und möglicher Konsequenzen hatte die Atomaufsicht unabhängige Sachverständige sowie Fachleute der Leibniz-Universität Hannover hinzugezogen. Die Prüfungen haben ergeben, dass sich das Kernkraftwerk nach Abschaltung der Maschinentransformatoren bestimmungsgemäß verhalten hat, so dass die Störung ohne Eingriffe des Sicherheitssystems beherrscht wurde.

Antrag der Grünen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1701.pdf>

Abgeordneter Potzahr auf dem Weg der Genesung Mit Humor in die Reha

Der wegen eines Schlaganfalls im Krankenhaus liegende Abgeordnete Marc-Oliver Potzahr befindet sich auf dem Weg der Genesung. Davon konnten sich einige seiner Fraktionskollegen und Mitarbeiter bei ihren Besuchen überzeugen. Er wird dieser Tage das Krankenhaus verlassen und für einige Wochen in einen Kurort zur Reha verlegt werden. Er hat seinen Humor wieder gefunden und bereits damit begonnen seine Post zu lesen. Er rechnet fest damit, noch in diesem Jahr ins Landeshaus zurückzukehren.



Marc-Oliver Potzahr, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de